

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits gestern haben wir uns im Landtag über die Treffsicherheit von Prognosen ausgetauscht. Schwarz-Gelb setzt im Bund wie im Land auf eine positive Entwicklung im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Ihre Maßnahmen der Politik gründen darauf. Es bleibt Ihnen auch kein anderer Weg übrig.

Sie ergreifen jeden Strohalm, der diese Vermutung stützt. Ja, es gibt einen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ stabil gebliebenen Arbeitsmarkt. Dafür gibt es aber

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Gründe. Der erste ist darin zu suchen, dass wir für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Schutzschirm gespannt haben, einen Schutzschirm von Beschäftigungssicherung, nämlich die Kurzarbeit, die wir auf über 24 Monate verlängert haben.

Allein die Kurzarbeit in Nordrhein-Westfalen – so Stand August dieses Jahres – umfasst 318.000 Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit um ca. 30 % verkürzt haben. Das vermindert die Arbeitslosigkeit allein hier in Nordrhein-Westfalen um 100.000 Stellen. Ohne das Instrument der Kurzarbeit wären also in Nordrhein-Westfalen 100.000 Menschen mehr ohne Arbeit.

Der zweite Grund: Mit Notlagentarifverträgen und dem Abbau von Stundenkonten leisten Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften ihren in dieser wirtschaftlichen Situation unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigungssituation. Das unterscheidet unser Land, Deutschland insgesamt, von allen europäischen Nachbarn.

Zu den Beiträgen des Landes Nordrhein-Westfalen: Das, was Herr Brockes vorgetragen hat, die Verlängerung der Außengastronomie-Zeiten, als einen wesentlichen Beitrag zu bezeichnen, dass dadurch eine Stabilisierung stattfindet und das Land besser gerüstet sei, lasse ich einmal dahingestellt. Ich nehme es mit Erstaunen wahr.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Auch Kleinvieh macht Mist!)

Auf jeden Fall haben auch unvoreingenommene Beobachter aus der Wissenschaft und den Medien einen nennenswerten eigenen Beitrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung noch nicht erkennen können.

Seit gestern wird in den Medien über die Prognose der EU-Kommission berichtet. Die „Welt“ titelte: „EU prophezeit Deutschland ein Job-Desaster“. Noch trägt Ihr Optimismus darüber hinweg. Ich finde es auch gut: Jede Steigerung des Auftragseingangs, der Konsumquote, der Neuzulassung von Fahrzeugen – das sind alles positive Meldungen. Ich meine auch, sie sind positiv, weil sie den sonst immer beklagten Pessimismus durchbrechen, der sich in Deutschland so breit macht.

Aber diese vereinzelt Wasserstandsmeldungen, meine Damen und Herren, aus den verschiedenen Bereichen dürfen nicht den realen Blick auf die Lage verstellen. Was heißt das? Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wird in diesem Jahr auf 5 % prognostiziert. Für das nächste Jahr wird eine Steigerung von 1,3 % für möglich gehalten. Wir werden Jahre brauchen – das ist Originalton der Bundeskanzlerin Angela Merkel –, um wieder den Stand von 2008 zu erreichen. Es ist also beileibe keine Schwarzmalerei, wenn anhand dieser Daten ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit befürchtet wird.

Ich bin im Gegensatz zu den Rednern der Koalitionsfraktionen dem DGB-Vorsitzenden Guntram Schneider dankbar, dass er die Schönfärberei auf dem Ausbildungsmarkt endlich einmal zum Thema gemacht hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zunächst einmal ist die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge entscheidend. Da haben wir allein von 2008 auf 2009 in Nordrhein-Westfalen einen Rückgang um 9.000.

Ich möchte Ihnen auch noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen. Ich möchte nicht auf den „Stern“-Artikel vom Anfang dieses Jahres verweisen, wonach alle Zahlen frisiert werden. Man muss aber doch schon genau hinschauen. Die von der Bundesagentur für Arbeit geführte Stichtagsstatistik gibt eben nicht die reale Lage der Jugendlichen in Nordrhein-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Westfalen wieder. Ich will Ihnen einen Blick öffnen, der sich nicht an Stichtagen oder an Behauptungen, sondern an real erfassten Lebensverläufen orientiert. Wir verfolgen in Bielefeld seit über zwei Jahren die Lebensverläufe von mehr als 1.300 Schulabgängern von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen. Daraus ergibt sich folgendes Bild - passen Sie genau auf -:

Von diesen 1.300 Schulabgängern gehen ca. 21 % in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung. 30 % besuchen eine weiterführende Schule. Fast 50 % wechseln in ein Übergangssystem. Von diesen 50 % - das sind in diesem Jahr 627 - werden noch 20 als sogenannte unversorgte Bewerberinnen und Bewerber erfasst.

Dann haben wir untersucht, was diejenigen, die im Übergangssystem verblieben waren, nach einem Jahr gemacht haben. Wir haben festgestellt, dass insgesamt nur 83 Abgänger, also 13 %, nach einem Jahr in eine betriebliche Ausbildung gegangen sind. Das ist das Bild erfasster Realität von Lebensverläufen gegenüber einer gepflegten, geschönten, bearbeiteten und verfälschten Statistik. Es gibt also einen akuten Handlungsbedarf, den nicht nur der DGB und wir beschreiben. Die Bertelsmann-Stiftung hat vor einem Jahr eine Studie mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“ veröffentlicht. Ich kann das hier nicht ausbreiten; dafür ist die Aktuelle Stunde zu kurz. Initiativen der Landesregierung aufgrund dieser Studie sind dem Parlament jedenfalls bisher noch nicht mitgeteilt worden. Vielleicht arbeitet man ja im Verborgenen; das will ich nicht ausschließen. Erkennbare Initiativen und Schlussfolgerungen daraus sind bisher jedenfalls nicht gezogen worden.

Der Landesausschuss für Berufsbildung hat sich am 23. September mit dem Übergang von Schule zum Beruf beschäftigt. Er hat festgestellt, in Nordrhein-Westfalen befinden sich 50.000 Schulabgänger im Übergangssystem. Das sind keine Zahlen von mir, sondern es sind Zahlen des Landesausschusses für Berufsbildung.

Der Landesausschuss empfiehlt, Koordinierungsstellen in Trägerschaft der Kommunen in den Kreisen und kreisfreien Städten zu errichten. Die SPD hat gestern im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Antrag gestellt, dieser Empfehlung zu folgen. Er ist von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Der Präsident des Bundesinstituts für berufliche Bildung sagt: Die Gelder, mit denen teilweise überflüssige Wartezeiten finanziert werden, sind in der frühzeitigen Förderung und Unterstützung von individuellen Bildungsketten junger Menschen viel besser angelegt als nach dem jetzigen System.

(Beifall von der SPD - Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ein Handlungsprogramm der Landesregierung auf diesem Feld ist nicht erkennbar. Kommen Sie endlich in der Realität an. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)